

DAS MEINEN UNSERE LESER

„Die Absage ist richtig. Auch wenn die Teilnehmer an diesen Demos immer weniger werden: Auf den Straßen hätte es wohl für Chaos gesorgt.“

Barbara Bärz, Haan, zu: Begrüßen Sie die Absage der Dügida-Demo am Rosenmontag?

Keine wirklich gute Entscheidung

Zu: Begrüßen Sie die Absage der Dügida-Demo am Rosenmontag?

Nein! Die Veranstalter hätten das Verbot abwarten sollen. Denn dann wäre hinterher herausgekommen, was in diesem Land wirklich wichtig ist: eine politische Meinung äußern (auch wenn die durch Dügida gezeigte Meinung nicht jedem passt).

Dieter Breuer, Wuppertal

Verbot wird nicht adäquat durchgesetzt

Zu: Muss die Handynutzung am Steuer strenger verfolgt werden?

Es ist der gleiche Effekt, wie er speziell im Verkehrsbereich immer und immer wieder zu beobachten ist: Ein Verbot ist – sehr sinnvollerweise – vorhanden, wird aber unter dem Strich mangels entsprechend hoher (und auch kaum leistbarer) Kontrollen nicht adäquat durchgesetzt.

Sören J. Schmidt, Wuppertal

Gewisse Kreativität ist vorhanden

Ein gewisse Kreativität muss man der unstrukturierten Gruppierung der Dügida-Anhänger leider zugestehen. Mit der angeblichen Absage der Demo hat sich die Gruppierung wieder zweifach in Szene gesetzt. Man verkündet einerseits aufmerksamkeitsstark die Absage, informiert aber gleichzeitig darüber, sich als „Einzelgänger“ salafistisch verkleidet unter die Karnevalisten zu mischen. Insofern hat keine eigentliche Absage stattgefunden, sondern nur eine Veränderung des Auftritts. Man verändert die Taktik und spielt mit den Ordnungsbehörden Katz und Maus.

Hans Schneider, Wuppertal

Strengere Verfolgung ist notwendig

Das Handy am Ohr eines Autofahrers ist mindestens so fehl am Platz wie das Handy am Ohr des Chirurgen, der sich später mit den Folgen dieser vermeidbaren Dummheit zu befassen hat.

Jürgen Stumme, Düsseldorf

Es gibt leider nicht genügend Ressourcen

Solange das Risiko, erwischt zu werden, relativ gering ist, sind höhere „Strafen“ absolut nicht zielführend. Wenn die Ressourcen zur Kontrolle fehlen, bleibt das leider ein völlig sinnloser Vorschlag.

Stefan Reitmeyer, Remscheid

ONLINE-UMFRAGE

Begrüßen Sie die Absage der Dügida-Demo am Rosenmontag?



DAS MEINEN ANDERE

„Dass Flüchtlinge lebend in Europa ankommen, ist nicht das Ziel der EU. Stattdessen setzt sich die Globalisierung der Gleichgültigkeit durch.“

Frankfurter Rundschau, zu: Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer

Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung

Zu: Richard von Weizsäcker
Egal, ob mit gekrönten Häuptern oder im Gespräch mit dem Volk – der Ausnahme-Politiker Richard von Weizsäcker traf stets den richtigen Ton. Das ist gestern auch jenen gelungen, die ihn ehrten und die um ihn trauerten. Es war ein würdevolles, ein preußisch-protestantisches Zeremoniell, das dem Aristokraten mit der wechselvollen Biografie sicher zugesagt hätte. Er habe, hat der heutige Bundespräsident Joachim Gauck gestern gesagt, „Maßstäbe für das Amt gesetzt“. Leider waren nicht alle seiner Nachfolger in der Lage, diesen gerecht zu werden. Die Beschädigung dieses höchsten Amtes zu riskieren, es gar gekränkt und aus verletzter Ehre wegzuworfen, wäre von Weizsäcker niemals in den Sinn gekommen.

Landeszeitung (Lüneburg)

Zu: Ukraine/Griechenland
Das zeitliche Zusammentreffen zweier Krisengipfel ist Zufall. Ein innerer Zusammenhang besteht dennoch. Sowohl das griechische Schuldendrama als auch Putins Zenträume muss Europa alleine bewältigen. Obama reiste zwar zum Begräbnis des saudischen Königs, nicht aber zur Charlie-Hebdo-Trauerfeier oder nach Minsk. Washington macht Ernst mit seiner Konzentration auf den Pazifik. Europa hat seine Probleme selbst zu lösen. Und ist dabei überfordert. Die Verelendung Griechenlands hätte längst Anlass geboten, das Spardiktat zu überdenken. Nun tanzt der alte Kontinent ohne Not auf der Rasierklinge. Blutende Schnittwunden wurden ihm auf der Krim und in der Ostukraine zugefügt. Auch, weil sich Europa Putins Kampfansage schön geredet hat.



Von Peter Kurz peter.kurz@wz-plus.de

KOMMENTAR Kreditinstitute und ihre Kunden sind nicht nur Partner
Die Bank, das Recht und die Moral

Ist es moralisch in Ordnung, wenn Kunden die Chance nutzen, aus einem lange zurückliegenden Fehler der Bank Profit zu schlagen? Wenn sie die fehlerhaft formulierte Vertragsklausel ausnutzen für einen Widerruf, den sie sonst nie in Erwägung gezogen hätten? Ist es fair, wenn sie auf diese Weise an einen günstigeren Zinssatz kommen und so Tausende Euro sparen? Dreimal Ja. Weil die Moralkategorie einfach nicht passt auf eine Beziehung, in der sich die Kreditinstitute zwar gern part-

nerschaftlich als „die Bank an deiner Seite“ geben. Die aber am Ende ein rein geschäftliches Miteinander ist, bei dem jeder zuvörderst den eigenen Vorteil im Auge hat. Angefangen von Provisionen, die die Geldanlagevorschläge des Bankberaters lenken. Bis zu Versuchen von Sparkassen und Bausparkassen, ihre Kunden aus alten Verträgen mit attraktiven Guthabenzinsen herauszudrängen. Nein, es geht nicht um Moral, sondern um Geld. Und um Recht. Es ist kein Schnickschnack, wenn der Gesetzgeber von der Bank verlangt, die Kunden korrekt über ihr Widerrufsrecht zu

belehren, das sie nach Abschluss eines Kreditvertrages haben. Sie sollen sich die weitreichende Entscheidung noch mal in Ruhe überlegen können. Wenn sich die Widerrufsfrist bei fehlerhafter Belehrung verlängert, so ist dies die einzig effektive Sanktion für diese Verbraucheraufklärung. Andernfalls wäre der Kunde schutzlos, weil die Bank in Vertragsformulierungen den Kunden immer leicht übervorteilen könnte. Nach der Devise „Man kann’s ja mal versuchen“. Weil auch für die Banken eine Menge auf dem Spiel steht, wäre es wohl zu viel von ihnen verlangt, dass sie den Kunden von

sich aus auf eine fehlerhafte Widerrufsbelehrung im Kreditvertrag hinweisen. Eine solche Erwartungshaltung wäre wohl tatsächlich wieder ein verfehlter Appell an die Moral. Der Kunde, der sich nicht selbst informiert, muss damit leben, dass die Bank seinen Irrtum oder sein Nichtwissen über seine Rechte unaufgeklärt lässt. Wenn nun aber die bei der A-Bank per Widerruf ausgetragenen Kunden zur Abschreckung anderer keine Anschlussfinanzierung bei der B-Bank oder C-Bank bekämen, so wäre das mehr als nur eine moralische Kategorie. Es wäre rechtswidrig.



Karikatur: ERL

PORTRÄT DES TAGES



Neue Aufgabe

Chelsea Manning (27) hat einen neuen Job: Die inhaftierte WikiLeaks-Informantin werde künftig Meinungsbeiträge für die US-Ausgabe des britischen „Guardian“ schreiben, wie die Zeitung gestern im Internetdienst Twitter mitteilte.

Die Artikel von Manning würden sich im Wesentlichen um Kriegseinsätze, Gender-Themen und die Informationsfreiheit drehen. Bezahlt werde die frühere Soldatin aber nicht für die Beiträge, die auf der Internetseite der US-Ausgabe veröffentlicht werden sollen. Die früher mit dem Vornamen Bradley als Mann lebende Manning hatte im August 2013 angekündigt, fortan als Frau leben und sich schließlich Chelsea nennen zu wollen. Manning stellte sich als Transsexueller vor. Er sei zwar in einen männlichen Körper geboren worden, habe sich seit seiner Kindheit aber als Mädchen gefühlt.

Während der Stationierung im Irak hatte er Hunderttausende Dokumente des Militärs sowie Depeschen der US-Diplomatie von Militärrechnern heruntergeladen und der Enthüllungsplattform Wikileaks zugespielt. Nach eigenen Angaben wollte Manning eine Debatte über die Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak anstoßen.

Im August 2013 wurde Manning zu 35 Jahren Haft verurteilt. Sie ist in einem Militärgefängnis in Kansas inhaftiert. AFP

Frauen und Migranten sind die Zukunft

ANALYSE Regierungsbericht über die Sicherung von Fachkräften listet ungenutzte Potenziale auf. Integration von Zuwanderern im Fokus.

Von Stefan Vetter

Berlin. Deutschland hat derzeit kein akutes Fachkräfteproblem, sagt die Bundesregierung. Damit das so bleibt, müssen insbesondere Frauen und Zuwanderer besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Warnung der Wirtschaft vor einem Mangel an Fachkräften ist schon länger zu hören. Vor knapp vier Jahren hat sich die Bundesregierung des Problems angenommen und Gegenkonzepte erarbeitet. Der jüngste „Fortschrittsbericht“, den das Kabinett dazu gestern verabschiedete, listet Erfolge, aber auch Defizite auf.

So gehen mittlerweile 77,3 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter einer Beschäftigung nach – das ist der höchste Stand seit der Wiedervereinigung. Dank verschiedener Qualifizierungsprogramme ist auch die Quote der jungen Menschen ohne Berufsabschluss seit 2008 von 17,2 auf 13,8 Prozent zurückgegangen.

Erwerbstätigenquote ist bei Frauen seit 2006 deutlich gestiegen
Wahr ist allerdings auch, dass die Nachfrage nach qualifiziertem Personal stetig wächst. „Derzeit liegt in Deutschland kein akuter flächendeckender Fachkräftemangel vor“, betonte Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) gestern in Berlin. Allerdings komme es bereits in ein-

zelnen Branchen und Regionen zu Engpässen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist geeigneter Nachwuchs derzeit in 19 Berufsgruppen knapp. Dazu zählen Mediziner, Altenpfleger, Klempner und Maschinenbauer. Dem „Fortschrittsbericht“ zufolge will sich die Regierung bei der Fachkräftesicherung in den kommenden Jahren vor allem auf die Potenziale von Frauen und Migranten konzentrieren.

Unzureichende Deutschkenntnisse der Migranten sind ein Problem

Seit 2006 ist die Erwerbstätigenquote unter den Frauen zwischen 20 und 64 um 7,5 Prozentpunkte auf 72,5 Prozent gestiegen. Allerdings arbeiten knapp 46 Prozent der Frauen in Teilzeit. Solche Probleme ließen sich durch bedarfsgerechte Betreuungsplätze und flexiblere Arbeitszeiten lösen, meinte Nahles. Die Erwerbstätigenquote unter den hier lebenden Ausländern ist mit rund 69 Prozent deutlich niedriger als bei den Deutschen (79 Prozent). Die Bundesregierung erklärt sich diese Diskrepanz mit nicht anerkannten Bildungs- und Berufsabschlüssen und unzureichenden Deutschkenntnissen der Migranten. Knapp die Hälfte der deutschen Vollzeitbeschäftigten verdient mehr als 3000 Euro brutto im Monat. Unter den erwerbstätigen Migranten sind es nur etwa 36 Prozent.

FACHKRÄFTE FEHLEN



RISIKO Fehlende Fachkräfte werden für nordrhein-westfälische Unternehmen zum Risiko. Das geht aus einer Umfrage der Industrie- und Handelskammern hervor. 31 Prozent der befragten Unternehmen sehen im Fachkräftemangel das „größte Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung“. Noch vor zwei Jahren waren es 26 Prozent.

GESUNDHEITSWIRTSCHAFT Branchenbezogen sehen besonders personalintensive Dienstleistungsunternehmen wachsende Risiken. 47 Prozent der Befragten aus der Gesundheitswirtschaft (Foto: dpa) sehen eine Verschärfung ihrer Probleme bei der Stellenbesetzung. In der Bauwirtschaft sind es 45 Prozent, im Hotelgewerbe insgesamt 42 Prozent.

Die zentralen Herausforderungen der Fachkräftesicherung liegen in der Integration der Zugewanderten in den Arbeitsmarkt und der Schaffung guter, gesunder sowie motivierender Arbeitsbedingungen“, meinte Nahles. Sonderlich viel Zeit dafür bleibt nicht: Der nächste „Fortschrittsbericht“ der Bundesregierung kommt 2016.



WESTDEUTSCHE ZEITUNG

Verlag: W. Girardet GmbH & Co. KG
Düsseldorf - Krefeld - Wuppertal
Geschäftsführung: Kersten Köhler

Redaktion
Chefredaktion: Ulli Tückmantel,
Lothar Leuschen (stellv.);
Nachrichten/Wirtschaft/Kultur: Annette Ludwig (verantwortl.), Rolf Eckers, Vera Zischke, Monika Werner-Staude, Peter Kurz, Olaf Steinacker; Sport: Olaf Kupfer;

Korrespondenten in Berlin: Werner Kolhoff, Hagen Strauß, Stefan Vetter

Leitung Leserkreis: Björn Knippen
Anzeigenleitung: Carola Rehm

Anzeigenpreisliste Nr. 44 gültig ab 1. Januar 2015
Druck: Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH
Düsseldorf/Wuppertal.

Anschrift (für o.g. Verantwortliche): Königsallee 27, 40212 Düsseldorf, Tel. 0211/8382-0, zentralredaktion@wz.de, weitere Anschriften siehe Lokalteil.

Internet: wz.de
Für unverlangt eingesandte Manuskripte u. Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Bei Betriebsstörung d. höherer Gewalt, Streik usw. keine Ersatzansprüche.
Die WZ verwendet Recycling-Papier.

Dienstag mit PRISMA Wochenmagazin zur Zeitung.
LESERSERVICE: 0800 / 1 452 452
(kostenlos aus d. dt. Festnetz und per Mobilfunk)
Montag bis Freitag 6.30 bis 16.00 Uhr
Samstag 6.30 bis 12.00 Uhr

SO ERREICHEN SIE UNS
IHRE MEINUNG SENDEN SIE AN

MAIL dialog@wz-plus.de
FAX 0211/8382-2392
POST Königsallee 27, 40212 Düsseldorf